

EDITORIAL

❖ Krisenzeiten sind besondere Wahlkampfzeiten. Sie machen den Ernst des Zusammenhangs von Wahlentscheidung und Modalitäten der eigenen Existenz spürbar. Auch wenn das vergleichsweise hohe deutsche Wohlstandsniveau die ökonomischen Verluste in der Breite noch abfedert, geht doch die Furcht vor zukünftigen Existenzbedrohungen um. In dieser Situation, in der sich die großen Industrienationen befinden, nimmt sich die Wahl des Ortes für die G8 wie eine Metapher aus: von der Abgeschiedenheit der früheren Treffen nach Genua gewissermaßen ins Herz der erschütterten Sicherheiten – auch wenn, schöne Ironie, die Verlegung des Treffens in das vom Erdbeben heimgesuchte Gebiet um L’Aquila eher einem innenpolitischen Schachzug des burlesken Berlusconi geschuldet ist. „Der neue Wert heißt gemeinsames Überleben“, so ein Berater der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Welches Szenario könnte dies deutlicher machen als ein Erdbebengebiet? Allen Unkenrufen zum Trotz – das G8-Treffen werde lediglich ein „Gipfel der Beliebigkeit“ – haben die G7 und Russland der von der Wissenschaft so eindringlich geforderten Begrenzung der Erderwärmung zum Durchbruch verholfen. Die globale Temperatur soll bis 2100 um nicht mehr als zwei Grad Celsius ansteigen, der Kohlendioxidausstoß bis 2050 um achtzig Prozent reduziert werden – darauf einigten sich die Regierungschefs der USA, Frankreichs, Italiens, Großbritanniens, Japans, Kanadas, Russlands und Deutschlands. Beim vorbereitenden Treffen im Juni hatte Barack Obama die Hoffnungen



der deutschen Kanzlerin in der Klimafrage noch gedämpft. Dass es in L’Aquila dann zum klimapolitischen Durchbruch kam, ist vor allem der markanten Wende zu verdanken, die der US-Präsident hier für sein Land vollzog. Bemerkenswert ist die Rolle, die Angela Merkel, beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 bereits als „Klimakanzlerin“ titulierte, auf der weltpolitischen Bühne spielt. Die Physikerin, die sich auch in Fragen der Kernenergie ideologisierenden Vereinfachungen verweigert, machte nun in L’Aquila Schlagzeilen als „Exit-Kanzlerin“, als Vorreiterin eines baldigen Ausstiegs aus einem finanz- und wirtschaftspolitischen Protektionismus, der dem schwarzen Herbst 2008 gefolgt ist. Ihr Ziel ist die Soziale Marktwirtschaft als globales Prinzip, in dem sich eine starke Wirtschaft mit dem Respekt vor der Bedürftigkeit des Menschen und seiner Freiheit sowie vor der Sensibilität der Schöpfung verbindet.

Auch wenn in dem erstmals gemeinsam von G8 und G5 (China, Indien, Brasilien, Südafrika und Mexiko) verfassten Schlussdokument des „Arbeitsgipfels der Nüchternheit“ die Begriffe Demokratie und Menschenrechte fehlen, so ist dies noch kein Zeichen der Abdankung dieser Postulate. Sie stehen allerdings im Schatten der Frage nach dem gemeinsamen Überleben, die nach kulturübergreifenden und zugleich moralisch kraftvollen Antworten verlangt. ❖

Rita Anna Tüpper

Rita Anna Tüpper